

Pressemitteilung zur 42. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit des Thüringer Landtages am 20. Juni 2008

Thüringer Gaststättengesetz in der Anhörung

In seiner heutigen Sitzung hat der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit eine mündliche Anhörung zum Regierungsentwurf des Thüringer Gaststättengesetzes durchgeführt. Neben dem Gemeinde- und Städtebund und dem Landkreistag haben sich insbesondere die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern und der Hotel- und Gaststättenverband Thüringens an dieser Anhörung beteiligt.

Nachdem diese Zuständigkeit mit der Föderalismusreform auf die Länder übergegangen ist, hat die Thüringer Landesregierung vorgeschlagen, dass im Interesse einer Entbürokratisierung das bisherige Genehmigungsverfahren für gastronomische Einrichtungen in ein Anzeigeverfahren umgewandelt wird. Währenddem dieser Vorschlag von den Vertretern der Wirtschaft grundsätzlich begrüßt wird, haben die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände Bedenken zu dieser beabsichtigten Systemumstellung angemeldet. Der Ausschuss wird – auch unter Einbeziehung weiterer schriftlich vorliegender Stellungnahmen – die vorgebrachten Argumente gegeneinander abwägen und zu gegebener Zeit dem Plenum des Landtages einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Der Plenarantrag der SPD-Fraktion in Drucksache 4/4049 zur Verfügbarkeit von breitbandigen Internetanschlüssen in Thüringen wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit weiterberaten. Die Landesregierung wurde gebeten, am 26. September 2008 erneut zum Stand der Vorbereitung einer Thüringer Breitbandinitiative im Ausschuss zu berichten. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass – so der Ausschussvorsitzende Dr. Michael Krapp (CDU) - vor allem im ländlichen Raum besondere Anstrengungen aller Beteiligten (d. h. also der Nutzer, der Anbieter, der Kommunen und der Landesregierung) notwendig sind, um eine hinreichend leistungsfähige Versorgung von privaten und gewerblichen Breitbandinteressenten zu erreichen.

Schließlich beschäftigte sich der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit heute in drei weiteren Tagesordnungspunkten mit Fragen der Wirtschaftsförderung. Dabei standen die Probleme der Rückforderung von Fördermitteln der EU, die Ergebnisse der Förderung in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die Einstufung von Fleischereifachbetrieben bei der Vergabe von Fördermitteln im Mittelpunkt der Beratung.